



Niederschrift

55. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 07.09.2011
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:55 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	ab 17:05 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	
Herr Peter Schüller	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	DIE LINKE
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	SPD	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Vertreter der Bürgerinitiative „Brauhausberg“
Herr Schweers, f. d. GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und, Umweltschutz	Erzpriester Herrn Anatolij Koljada
Herr Scheffler, SB Recht und Grundstücksmanagement	Frau Trauth-Koschnik, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
	Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin: Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24. August 2011
- 3 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß
Vorlage: 09/SVV/0428
Fraktionen SPD, FDP/FP
- 4 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 11/SVV/0427
Fraktion DIE LINKE
- 5 Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde
Vorlage: 10/SVV/0538
Fraktion DIE LINKE
- 6 Erweiterung Demographie-Check
Vorlage: 09/SVV/0760
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6.1 Evaluation Demografie-Check
Vorlage: 11/SVV/0621
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 7 Aufsichtsräte
- 7.1 Änderung des Gesellschaftervertrages der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0436
Fraktion FDP
- 7.2 Erweiterung Aufsichtsräte
Vorlage: 11/SVV/0474
Fraktion Die Andere
- 7.3 Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0341
Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
- 7.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der EWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 11/SVV/0501
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

- 8 Einführung des Partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen
Vorlage: 11/SVV/0472
Fraktion Die Andere
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Stand des B-Plans Brauhausberg
aus HA 24.08.
- 9.2 Ergebnisse der Überprüfung des sozio-kulturellen Konzeptes des
"Waschhauses"
gemäß DS 11/SVV/0329
- 9.3 Bericht bezüglich der Turnerhalle
aus HA 25.05.11 - TOP 23.4 und MV 11/SVV/0359
- 9.4 Information über Gespräche mit dem Innenminister zum Erhalt der Polizeiwache
in Babelsberg
gemäß Beschluss: 10/SVV/0637
- 9.5 Bericht über den Stand des Haushaltsvollzuges per 16.05.2011
Vorlage: 11/SVV/0508
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 9.6 Veröffentlichung der Kosten des Stadtwerkefestes
gemäß DS: 11/SVV/0493
- 9.7 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Schröder eröffnet die Sitzung und informiert, dass der Oberbürgermeister auf Grund seiner Teilnahme an der Veranstaltung „M 100“ zur heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24. August 2011

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Auf seine Nachfrage, ob es bezüglich der öffentlichen Tagesordnung Hinweise gibt, werden folgende Änderungen beantragt:

- zum TOP 3, DS **09/SVV/0428**, Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß, bittet Herr Heuer um eine Zurückstellung bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 21.09.2011, um zum weiteren Verfahren Rücksprache mit der Fraktion nehmen zu können,
- zum TOP 8, DS **11/SVV/0472**, Einführung des Partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen, bittet Frau Heigl ebenfalls um eine Zurückstellung bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 21.09.2011, da Herr Herzberg das Rederecht dazu wahrnehmen möchte und zur heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann,
- zum TOP 9.2, Ergebnisse der Überprüfung des sozio-kulturellen Konzeptes des "Waschhauses" gemäß Beschluss: 11/SVV/0329 informiert Herr Schröder, dass dazu die vorbereitete Mitteilungsvorlage noch nicht vorliege,
- zum TOP 7 – Städtische Beteiligungen - schlägt Herr Schröder entsprechend der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.09.2011 vor, in der auch diese Drucksachen mit behandelt werden sollten. Eine weitere Sitzung könne, wenn nötig, am 16.11.2011 einberufen werden. Auf den Einwand von Frau Bankwitz, dass der Zeitabstand zwischen den Beratungen zu lang sei, entgegnet Herr Schröder, dass der Bedarf für weitere Beratungen erst ermittelt werde und man sich in der Sitzung am 29.09.2011 über das weitere Vorgehen verständigen könne. Er fordert die Fraktionen auf, sich zu der Tagesordnung dieser Sitzung zu verständigen und ihm die Ergebnisse zuzuleiten; eine Einladung werde gesondert ergehen. Auf Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg, dass an diesem Tag eine Landtagssitzung stattfindet, wird sich auf einen Beginn um 18:00 Uhr geeinigt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 54. Sitzung des Hauptausschusses vom 28. August 2011 fragt Frau Dr. Müller nach dem Termin der Vorlage des Jahresberichtes der SIKO. Herr Exner entgegnet, dass dieser im Oktober vorgelegt werde. Darüber hinaus gibt es keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß

Vorlage: 09/SVV/0428

Fraktionen SPD, FDP/FP

zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 21.09.2011

zu 4 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde

Vorlage: 11/SVV/0427

Fraktion DIE LINKE

Eingangs begrüßt Herr Schröder den Erzpriester Herrn Anatolij Koljada,

Hauptgeistlicher und Vorsitzender des Pfarrgemeinderates, der auf Einladung des Oberbürgermeisters zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend ist.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er sich über die Anwesenheit von Herrn Koljada freue und hoffe, seitens der Verwaltung einen neuen Sachstand zu erfahren. Nach einer Zusammenfassung der bisherigen Ereignisse und Sachstände durch Herrn Dr. Scharfenberg weist Herr Exner darauf hin, dass der Sachstand das eine sei und der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Einbeziehung der Stadtverordneten in die Gespräche das andere. Das werde die Sache nicht befördern, so dass er von einer Beschlussfassung abrate.

Im Weiteren stellt Herr Koljada die Abläufe aus seiner Sicht dar und übergibt den Mitgliedern des Hauptausschusses dazu schriftliche Unterlagen. Darüber hinaus werden Nachfragen zur baurechtlichen Situation, zum Erbbaurechtsvertrag, zu den Eigentumsverhältnissen der Grundstücke und der Finanzierung des Gemeindezentrums beantwortet und Meinungen ausgetauscht.

Im Rahmen der Diskussion verweist Herr Exner darauf, dass sich der Oberbürgermeister „auf den Weg“ gemacht habe, um nach Alternativen zu suchen, weil das Vorhaben an dem bisherigen Standort nicht realisierbar war und er habe das Problem mit allen Partnern besprochen. Ebenso habe Frau Krusemark gemeinsam mit dem FB Stadterneuerung und Denkmalpflege viel Zeit zur Klärung der Fragen investiert, weil die rechtlichen Voraussetzungen für eine Schenkung der Stadt an die russisch-orthodoxe Gemeinde fehlen. Demzufolge wolle er die Aussage von Herrn Koljada, „es sei in der Zeit nichts passiert“, „heftig“ dementieren. Die Vorstellungen der Gemeinde seien nicht umsetzbar, was sich auch auf das Teehaus beziehe. Er meine, die Stadt werde nicht verstanden und sie brauche realistische Vorstellungen der Gegenpartei sowie die Akzeptanz der Rahmenbedingungen, um die Angelegenheit vorantreiben zu können.

Herr Schüler macht darauf aufmerksam, dass die Schwierigkeiten in den Verhandlungen im Hauptausschuss dargestellt worden seien. Hier gehe es jetzt aber um einen Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Anliegen der Einbeziehung der Stadtverordneten, so dass er bitte, zu diesem Gegenstand zurückzukehren.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass dieser Antrag eine Reaktion auf die festgefahrenen Verhandlungen gewesen sei und stellt fest, dass es keine „echten“ Fortschritte gebe. Die Stadtverordnetenversammlung habe den Bedarf anerkannt und mit dem jetzt vorliegenden Antrag könne ein gewisser Druck entstehen, der sonst nicht vorhanden sei. Der Antrag diene dazu, in einer Art Mediationsverfahren wieder in's Gespräch zu kommen. Außerdem gehe es auch um KP-II-Mittel, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abgerechnet werden müssen und deshalb stelle der Antrag **10/SVV/0538** auf die Klärung der Nutzung ab.

Im weiteren Verlauf der Diskussion äußern sich Frau Engel-Fürstberger, die Zweifel an der Zielführung des Antrags hegt, Herr Schultheiß, der meint, dass Stadtverordnete auch nicht in der Lage seien, noch mehr zu machen als die Verwaltung und Herr Heinzel, der die Parteien weit entfernt von einem Kompromiss sieht.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert die seiner Meinung nach schlechte Vorbereitung dieser Tagesordnungspunkte durch die Verwaltung. Außerdem habe er Lösungsschritte der Verwaltung erwartet.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Schröder vor, den Antrag zur Abstimmung zu stellen und gleichzeitig die Erwartung an die Verwaltung zu geben, monatlich über den Sachstand zu berichten. Da sich gegen diesen

Verfahrensvorschlag kein Widerspruch erhebt, stellt Herr Schröder den Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in das weitere Vorgehen zum Vorhaben des Baus eines Gemeindezentrums der russisch-orthodoxen Gemeinde Vertreter der Stadtverordnetenversammlung unmittelbar einzubeziehen.

Im direkten Gespräch mit der Gemeinde soll ein Ausweg aus der festgefahrenen Situation gesucht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 8
Stimmenthaltung: 3

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 5 Übertragung Teehaus an die russisch-orthodoxe Gemeinde

Vorlage: 10/SVV/0538

Fraktion DIE LINKE

siehe Punkt 4

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, das Teehaus auf dem Kapellenberg nach der Sanierung unentgeltlich zur Nutzung an die russisch-orthodoxe Gemeinde zu übertragen. Der Nutzungsvertrag soll mindestens auf den Zeitraum von zwanzig Jahren bezogen sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 11
Stimmenthaltung: 0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 6 Erweiterung Demographie-Check

Vorlage: 09/SVV/0760

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

siehe Punkt 6.1

Im Ergebnis der Darstellung der Evaluation des Demografie-Checks sieht Herr Schüler den Antrag als durch **Verwaltungshandeln erledigt** an.

zu 6.1 Evaluation Demografie-Check

Vorlage: 11/SVV/0621

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Trauth-Koschnik bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert die Kriterien, das Verfahren und die Entwicklung des Demografie-Checks sowie seine Evaluation und Bewertung. Im Ergebnis werde seitens der Arbeitsgruppe vorgeschlagen, den Demografie-Check auf alle Beschlussvorlagen und die

Anträge der Fraktionen auszuweiten.

zu 7 Aufsichtsräte

zu 7.1 Änderung des Gesellschaftervertrages der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0436
Fraktion FDP

zurückgestellt bis zur Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.09.2011

zu 7.2 Erweiterung Aufsichtsräte
Vorlage: 11/SVV/0474
Fraktion Die Andere

zurückgestellt bis zur Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.09.2011

zu 7.3 Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 11/SVV/0341
Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt bis zur Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.09.2011

**zu 7.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in
den Aufsichtsrat der EWP entsandten städtischen Vertreter/innen**
Vorlage: 11/SVV/0501
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

zurückgestellt bis zur Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.09.2011

zu 8 Einführung des partizipativen Sponsorings in städtischen Unternehmen
Vorlage: 11/SVV/0472
Fraktion Die Andere

zurückgestellt bis zur Hauptausschusssitzung am 21.09.2011

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Stand des B-Plans Brauhausberg

Eingangs informiert Herr Goetzmann über den Stand des Verfahrens und erläutert an Hand visueller Darstellung die Planungen und die Abbildung der Baumassen. Nach dem Hinweis von Herrn Schröder, dass dazu ein Workshop geplant sei, fragt Frau Dr. Schröter, ob sich die Schwimmhalle mit den Baumassen arrangiere. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass diese Darstellung nicht das Ergebnis einer langen Diskussion sei, sondern sich aus der Diskussion um den Schwimmhallenbau ableite und sehr nach einer guten Verwertung der

Grundstücke aussehe. Die Frage des Schwimmhallenbaus müsse aus seiner Sicht mit diskutiert werden, was auch das Kostenvolumen betreffe. Der Oberbürgermeister hingegen wolle die Diskussion erst führen, wenn die Entscheidung bezüglich der Schwimmhalle gefallen sei. Im Weiteren fordert er die Einbeziehung der Bürgerinitiative „Brauhausberg“ und die Gewährung der geforderten Einsicht in die Planungsunterlagen.

Herr Exner nimmt zu den veranschlagten Sanierungskosten der Schwimmhalle am Brauhausberg Stellung, die auf Grundlage alter Ingenieur-Planungsunterlagen von einem Gutachter auf 13 Mio. Euro geschätzt werden. Die Kostenerhöhung von den im Zuge des Schwimmhallen-Neubaus genannten ca. 5 Mio. Euro begründen sich mit Baukostensteigerungen durch Energievorschriften, neue DIN-Vorschriften etc. Er könne in diesem Zusammenhang nicht verstehen, warum eine Einsichtnahme in die Geschäftsunterlagen der Stadtwerke nötig sei. Seitens der Verwaltung werde eine neue Beschlussvorlage eingebracht, womit alle Themen wieder aufgerufen seien.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass die Kostensteigerung auch interessengeleitet sein könnte, wovon Fachleute z. B. ausgehen. Außerdem gebe es auch einen Antrag auf Akteneinsicht. Dieser, so Herr Exner, werde genauso geprüft, wie die Belastbarkeit der jetzt vorliegenden Kostenschätzung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird die Rolle der Ergebnisse des im Jahr 2009 durchgeführten Workshops beleuchtet sowie Meinungen ausgetauscht, ob erst die Entscheidung zum Bau der Schwimmhalle erfolgen solle, um dann den Masterplan zu qualifizieren oder dies jetzt schon erfolgen könne sowie die Einflussmöglichkeiten der Stadt bei der Gestaltung der Baukörper und der Veräußerung der Grundstücke.

zu 9.2 Ergebnisse der Überprüfung des sozio-kulturellen Konzeptes des "Waschhauses" gemäß DS 11/SVV/0329

zurückgestellt

zu 9.3 Bericht bezüglich der Turnerhalle aus HA 25.05.11 - TOP 23.4 und MV 11/SVV/0359

Frau Dr. Magdowski informiert über die Einigung gemeinsam mit der Pro Potsdam und der Universität auf ein Grundstück im Luftschiffhafen sowie auf weitere am Freitag stattfindende Gespräche. Schwierige Verhandlungen stünden bezüglich der Kosten und der Sicherung der Förderung bevor.

zu 9.4 Information über Gespräche mit dem Innenminister zum Erhalt der Polizeiwache in Babelsberg gemäß Beschluss: 10/SVV/0637

Herr Kümmel informiert über eine Verständigung mit dem Polizeidirektor, an geeigneten Orten Bürgersprechstunden durchzuführen, um dem Anliegen, eine ausreichenden Polizeipräsenz und Bürgerbetreuung in Babelsberg zu sichern, gerecht werden zu können. Im Weiteren verweist er auf die Verständigung in der letzten Hauptausschusssitzung, den neuen Polizeidirektor und den neuen Polizeipräsidenten einzuladen, um u. a. auch dazu Stellung zu nehmen. Auf die

Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wer hier mit wem spreche, entgegnet Herr Kümmel, dass Frau Kluge vom FB Ordnung und Sicherheit hier verantwortlich zeichnet. Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine zeitnahe Klärung, da die Schließung der Wache nicht terminiert worden sei und somit auch schon im Oktober erfolgen könne.

zu 9.5 Bericht über den Stand des Haushaltsvollzuges per 16.05.2011

Vorlage: 11/SVV/0508

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass zum 15. September 2011 die nächste Auswertung bevorstehe, in der auch die Kosten der Transparenzkommission und des Winterdienstes mit aufgenommen würden. Er macht darauf aufmerksam, dass für den Ergebnishaushalt das Risiko bei den Gewerbesteuererinnahmen liege.

Im Weiteren beantwortet er die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg, ob auch ein besonders gutes Einnahmeergebnis nicht ausgeschlossen sei und von Frau B. Müller und Frau Bankwitz zu den Kosten der Transparenzkommission.

zu 9.6 Veröffentlichung der Kosten des Stadtwerkefestes

gemäß DS: 11/SVV/0493

Herr Exner betont eingangs, dass das Stadtwerkefest als Werbemaßnahme anzusehen sei und eine ausgeklügelte Idee dahinterstecke sowie das Anliegen, dieses Fest so kostengünstig wie möglich durchzuführen. Er bittet um entsprechende Sensibilität in der Diskussion.

Anschließend erläutert Herr Zeretzke an Hand visueller Darstellung die Hintergründe für diese Form des Marketings, die Relation der Kosten im Verhältnis zu anderen Unternehmen dieser Art, die Marketingmaßnahmen, die Ziele – hier insbesondere die Kundenbindung- den Finanzierungsaufwand, die kalkulatorischen sowie die indirekten Eigenkosten.

Nach Beantwortung zahlreicher Nachfragen wird der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schüler zum Schluss der Debatte mit 6 Nein-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen **abgelehnt** und der Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste von Frau Bankwitz mit 9 Ja-Stimmen, bei zahlreichen Stimmenthaltungen **angenommen**.

zu 9.7 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Herr Kümmel trägt dazu vor, dass entsprechend der Verabredung mit den Ortsvorstehern, zu jeder Beratung einen Geschäftsbereich berichten zu lassen, zu diesem Termin der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz an der Reihe war. Neben der Straßenreinigung und der Auswertung der dazu stattgefundenen Workshops, berichtete Herr Hülsebeck über die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren in den Ortsteilen und die nächsten notwendigen und zukünftig geplanten Vorhaben. Eine Verständigung erfolgte zu der Abwasserbeseitigungssatzung, hier insbesondere zu den Schlauchgebühren und der Abarbeitung zahlreicher Widersprüche dazu, in deren Ergebnis seitens der Ortsvorsteher aber keine Satzungsänderung als notwendig angesehen worden sei. Informiert wurde über die Projektgruppe Uferwege und die neue Organisationsstruktur. Da damit eine direkte Berichterstattung von Herrn Dr. Klosa in der Beigeordnetenkonferenz erfolge, habe sich der Ortsbeirat Groß Glienicke ausgeschlossen gefühlt. Hierzu habe es die Zusage gegeben, dass der Ortsvorsteher bei Bedarf hinzugezogen werde.

Die nächste Beratung sei für den 10. November 2011 avisiert, da es immer wieder Schwierigkeiten mit der Terminfindung auf Grund der Kollision mit den Ausschusssitzungen und der Doppelfunktion einiger Ortsvorsteher gebe. In dieser Beratung werde der Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport insbesondere zur Schulbedarfsplanung berichten. Im Weiteren seien Probleme bezüglich der Information der Ortsbeiräte/des Ortsvorstehers über Baumaßnahmen angemahnt und die Finanzierung der 700-Jahr-Feier in den Ortsteilen Marquardt und Uetz angesprochen worden.

zu 10 **Sonstiges**

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie sich der Oberbürgermeister bezüglich seiner Forderung, das **Bürgerbeteiligungskonzept** im Hauptausschuss vorzustellen und zu diskutieren, entschieden habe, verweist Herr Kümmel auf die mittlerweile ausgereichte Einladung, das beigefügte Konzept der Veranstaltung und die Tagesordnung. Aus diesem Grund sei das Anliegen nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass die Einladung erst heute erfolgt sei und eine Teilnahme auf jeweils zwei Vertreter der Fraktionen bzw. der Bürgerinitiativen beschränkt wurde. Das Konzept habe seiner Meinung nichts mit dem zu tun, was einmal beabsichtigt war, denn Ausgangspunkt der Diskussion sei gewesen, dass der Oberbürgermeister seine Ideen vorträgt und diese diskutiert werden. Auch der Verweis in die Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt habe nichts gebracht, weil sich dieses Gremium dazu gar nicht verständigt habe. Er wolle wissen, wer über diese Veranstaltung informiert wurde, ob es einen Vorlauf gebe und ob an dem Konzept gearbeitet worden sei.

Herr Kümmel betont, dass es nicht der Anspruch sei, ein fertiges Konzept vorzulegen, sondern gemeinsam das Bürgerbeteiligungskonzept mit den in der vorgelegten Mitteilungsvorlage genannten 4 Komplexen zu diskutieren. Daraus sollen die Konsequenzen gezogen und das Konzept geschrieben werden. Eine Liste der Eingeladenen könne er nachreichen.

Herr Dr. Scharfenberg betont nochmals, dass dies mit dem Anspruch in keinem Verhältnis stehe und er vermute, dass diese Veranstaltung eine „Alibirunde“ sei.

Frau Heigl führt aus, dass die Berichterstattung in der Presse zum Thema „**Westkurve**“ nicht so optimistisch sei, wie die Darstellung von Herrn Richter in der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Sie wolle wissen, wie „hoch der

Unterschied“ aus dem so genannten „Übermittlungsfehler“ sei, wie weiter verfahren werde und ob man bis Jahresende zu einem Abschluss komme. Gegen den Vorschlag von Frau Dr. Magdowski, dazu in der nächsten Hauptausschusssitzung den KIS, Herrn Richter, Bericht erstatten zu lassen, erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schüler fragt nach dem Sachstand bezüglich einer möglichen **Verfassungsbeschwerde gegen das Kita-Gesetz des Landes**. Herr Exner informiert, dass in der Hauptausschusssitzung am 21.09.2011 dazu „etwas vorgelegt werde“. Die Klageabsicht begründe sich darin, dass die finanzielle Deckung für die sich aus dem Gesetz ergebenden Aufgaben unzureichend sei. Die Verfassungsbeschwerde müsse bis Ende September eingereicht werden, da die Frist ablaufe.

Frau Dr. Müller informiert über den Auftrag der Arbeitsgruppe Jugend/Soziokultur, im Hauptausschuss darüber zu informieren, dass bezüglich des **Jugendprojektes „Freiland“ der Vertrag mit den Stadtwerken** zum 31.08.2011 ausgelaufen sei und ein neuer Vertrag nicht vorliege. Damit werde das Finanzierungsgerüst in eine Schieflage gebracht und es werde befürchtet, dass Unterstützungsangebote nicht bis zum Vorliegen eines Vertrages aufrechterhalten werden. Herr Exner verweist darauf, dass das Vertragspaket in einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates in der vergangenen Woche abgesegnet worden sei, ein Termin für die Unterschrift aber auf Grund des Urlaubs von Herrn Harder nicht zustande kam. Deshalb verstehe er das am heutigen Tag an die Fraktionen ausgereichte Schreiben nicht – es sei alles in „trockenen Tüchern“.